

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig u. des Stadtrats zu Großlich behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreise mit Quartierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Frangobrief 2.- Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Wertgebühr. — Die Einzelnummer kostet 20 Wfg. Telefon Sammelnummer 72208. — Postfachkonto Leipzig Nr. 83477

Redaktion: Leipzig, Taubacher Str. 19/21
Telegraphisch: Leipzig, Taubacher Str. 19/21
Telephon 72208. — Berlin in Leipzig, Taubacher Straße 19/21 — Telephon 72208

Anzeigenpreise: Die Ugezeit. Kolonialsache 25 Wfg., bei Placatdruck 40 Wfg. Stellenangebote 10 Wfg. Kolonialsache 25 Wfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Wfg. Kolonialsache mit 50% Nachsch. Reklamesache 2 Wfg. Inlerate o. ausw. die 10 Wfg. Kolonialsache 40 Wfg. bei Placatdruck 50 Wfg. Reklamesache 2.25 Wfg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, übrige Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Das Ende der ganz großen Koalition

Rücktritt des belgischen Gesamtkabinetts

Brüssel, 21. November.
Die belgische Regierung ist am Montagabend nach einem dreitägigen Kabinettsrat zurückgetreten. In einem am 19. November veröffentlichten Brief an den König erklärte der Premierminister, dass es unmöglich sei, die Ministerkabinette zu bilden, die die Regierung bilden sollte. Er schloss mit der Erklärung, dass es unmöglich sei, die Ministerkabinette zu bilden, die die Regierung bilden sollte. Er schloss mit der Erklärung, dass es unmöglich sei, die Ministerkabinette zu bilden, die die Regierung bilden sollte.

Das jetzt zurückgetretene belgische Ministerium war eine Koalitionsregierung aus allen drei Hauptparteien des belgischen Parlamentes, Sozialisten, Katholiken und Liberalen. Die letzten Parlamentswahlen hatten folgende Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer ergeben: 78 Katholiken, 78 Sozialdemokraten, 20 Liberale, 8 Mitglieder der flämischen Frontpartei und 2 Kommunisten. Es wurde zunächst eine Koalition gebildet, die nur die Sozialisten und den linken Flügel der katholischen Partei, die Christlich-Demokraten umfasste, und zu der die Liberalen in kürzester und die übrigen Katholiken in latenter Opposition standen. Die große Wählergruppe vom Frühjahr und Sommer 1926 ergab die Notwendigkeit einer radikalsten Sozialpolitik, die man glaubte nur durch eine Regierungskoalition auf breiter Grundlage durchführen zu können. Die große Mehrheit der Sozialistischen Partei stimmte daher der Umbildung der Regierung in ein Kabinett der „nationalen Einigung“ zu. Dieses wurde am 17. Juni 1926 gebildet und es verblieben in dem vom Katholiken Jaspers geleiteten neuen Ministerium vier Sozialisten die Herren Vandervelde als Außenminister, Fays als Unterrichtsminister, Anseele als Eisenbahn- und Postminister und Bauwets als Wirtschafts- und Arbeitsminister.

Braucht Deutschland Kolonien?

Von Gerhart Seger, Berlin.

Von der letzten Tagung des Völkerbundes hat der Außenminister Dr. Stresemann als ganz besonderen Erfolg für Deutschland einen Sitz in der Mandatskommission des Völkerbundes nach Hause gebracht. Obwohl nach dem Charakter der Mandatskommission dieser Sitz gar kein Schritt auf dem Wege zum Wiedererwerb deutscher Kolonien zu sein braucht — die Mandatskommission ist das Kontrollorgan des Völkerbundes für die Verwaltung aller Gebiete, die einzelne Mächte als Mandatäre des Völkerbundes übertragen erhielten, und umfaßt auch Kolonial nicht beteiligte Staaten — wird der deutsche Sitz als eine Etappe für die Rückkehr zur Kolonialmacht angesehen.

Es mag einmal die zum Teil philosophische Frage unterörtert werden, ob die sogenannten Kulturvölker ein moralisches Recht haben, zu kolonisieren, d. h. anderen Völkern die Fähigkeit der Selbstregierung und das Selbstbestimmungsrecht abzuzupfen und ein System der Herrschaft über sie aufzurichten, dessen Erscheinungsformen fast immer im Gegensatz zu der Kulturhöhe stehen, die die weiße Rasse einzunehmen von sich behauptet.

Es sei die Frage einmal lediglich wirtschaftlich und politisch betrachtet: Wenn wir in Deutschland einen neuen Problem gegenüberstehen, so pflegen wir erst einmal den berühmten gesunden Menschenverstand zu beurlauben und hören einen Fachmann: man kann das in der Kolonialfrage auch tun, und als dieser Fachmann sei der ehemalige Gouverneur Dr. Schner, Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei und erster Vorsitzender des Bundes der Auslandsdeutschen, zitiert. Dr. Schner hat Anfang 1914 ein großes Koloniallexikon herausgegeben, in dem die Erfahrungen der dreißigjährigen kolonialen Tätigkeit des Kaiserlichen Deutschland niedergelegt sind. Einige Tatsachen daraus seien wiedergegeben.

Wir brauchen angeblich Kolonien, um den deutschen Bevölkerungszuwachs und die Arbeitslosen unterzubringen. Das in den Kolonien möglich wäre, ist ein großer Irrtum: In Deutsch-Ostafrika, an Bodenschätze fast doppelt so groß wie das Mutterland Deutschland, betrug am 1. Januar 1913 die Zahl der ansässigen Deutschen 4107 Köpfe. Von den erwachsenen männlichen Deutschen waren 551 Regierungsbeamte, 188 Schutztruppenangehörige, 498 Geistliche und Missionare und nur 882 Anseher, Pflanzler, Farmer und Gärtner. Daraus waren wiederum 608 als Angestellte tätig, so daß es selbständige Siedler nur 276 gab. Nach dreißig Jahren kolonialer Tätigkeit — und im Mutterlande wurde die Arbeit in den Kolonien auf jede Weise populär gemacht! — hat man also von 66 Millionen Menschen glücklich 4000 in die größte deutsche Kolonie gebracht; heute sind die Bedingungen noch viel ungünstiger, die Aufkosten für die Anlage von Betrieben sind höher; in einem Memorandum des ostafrikanischen Bundes für die britische Regierung wird ausgerechnet, daß für einen Anseher zur Bestreitung der Kosten der Reise mit Familie, für die ersten Anschaffungen, Wohnungsbau, Pflanzungsanlage usw. rund 140 000 Mark nötig sind. Selbst wenn man diese Summe von dem Maßstabe des reichen England auf einen bescheidenen für Deutschland herabsetzt, ergibt sich doch, daß Deutschland auch nicht entfernt in der Lage ist, eine nennenswerte Zahl seiner Bevölkerung und vor allem seiner Arbeitslosen in die Kolonien zu bringen.

Eine ebenso unausrottbare Legende ist es, zu glauben, daß die Kolonien ein nennenswertes Aufnahmegebiet der deutschen Ausfuhr gewesen wären. Nach den drei Kolonien Deutsch-Ostafrika, Kamerun und Togo wurde 1913 insgesamt für 98 600 000 Mark ausgeführt. Deutschlands Ausfuhr betrug 1913 10 097 Millionen Mark, die Ausfuhr nach den Kolonien also noch nicht ein Prozent! Das gleiche für die Ausfuhr aus den Kolonien und die Einfuhr nach Deutschland. Man behauptet ja, daß wir nicht nur die Kolonien brauchten, um Absatzgebiete für die deutsche Industrie zu haben, sondern auch, um Rohstoffe ins Mutterland einzuführen und es dadurch vom Weltmarkt unabhängiger zu machen. Wie sieht es damit? Aus den drei oben genannten Kolonien sind 1913 Waren und Rohstoffe ausgeführt worden für insgesamt 44 Millionen Mark. Die gesamte Einfuhr Deutschlands aus den Kolonien war also noch nicht ein halbes Prozent! Solche Tatsachen, von dem ersten deutschen Kolonialfachmann nach dreißigjähriger kolonialer Tätigkeit des kaiserlichen Deutschland statistisch zusammengetragen, finden man natürlich auf jenen abernur und geschmacklosen Berichten nicht, auf denen der deutsche Spieker in Kolonialbegeisterung verlegt wird. Es sei noch hinzugefügt, daß wir bei unserer Betrachtung Deutsch-Südwestafrika unberücksichtigt gelassen haben. Dies war die einzige deutsche Kolonie, deren Verwaltung aus den Erträgen des Landes bestritten werden konnte, aber nur, weil man dort Diamantenfelder hatte. Dieser Sonderfall muß einmal ausfallen, weil er für die Rolle der Kolonien als Siedlungsland zur Aufnahme des Bevölkerungszuwachses und als Rohstoffquelle für die deutsche Industrie unerheblich ist und zum andern, weil diese Kolonie sehr fest in das südafrikanische englische Dominion eingegliedert ist und dasjenige Gebiet darstellt, auf das Deutsch-

Eine katholisch-liberale Regierung in Aussicht

Brüssel, 21. November, 24. Uhr (Radio).
Ministerpräsident Jaspers begab sich in den Abendstunden zum König Albert, dem er den Rücktritt der Regierung unterbreitete. Es wird allgemein erwartet, daß Jaspers am Dienstag mit der Neubildung der Regierung beauftragt werden wird. Er hatte noch am späten Abend eine Unterredung mit dem Führer der Christlich-Demokraten im Senat, dem Vater Kustien, woraus allgemein geschlossen wird, daß die Bildung der katholisch-liberalen Regierung einschließlich der Christlich-Demokraten gesichert ist. Allerdings sagt das liberale Organ in Independence belge in seiner Sonderausgabe, daß zwei liberale Kabinettsmitglieder nicht geneigt sind, wenn dann das Verhältnis zwischen Katholiken und Liberalen 8 zu 4 wäre, so daß bei entscheidenden Fragen die Liberalen im Kabinett überstimmt werden könnten. Es müßte Stimmengleichheit gesichert werden. (Dabei verfügen die Liberalen in der Kammer nur über 28 Sitze von insgesamt 187 Mandaten.) Als künftiger Außenminister an Stelle Vanderveldes wird der liberale bisherige Finanzminister Symans genannt.

Im Zusammenhang mit der Kabinettskrise hat sich die Brüsseler Presse, Belgien auf der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf nicht zu vertreten.

Drohung gegen die Sowjetdelegation

Ein zweiter Fall Worowski angekündigt

Basel, 21. November.
Der Verteidigungsausschuß einer Gruppe russischer Landsknechte in Freiburg in der Schweiz ersucht in einem offenen Brief an den Schweizerischen Bundesrat, der Sowjetdelegation nicht die Einstufung in die Schweiz zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes zu gestatten. In dem Brief heißt es u. a.:
„Wir haben das Recht, unseren Mitbürgern zuzurufen, daß die sechs Jahrhunderte der Freiheit und Ehre der Schweiz Gefahr laufen, im blutigen Meer des Bolschewismus unterzugehen, wenn sich das Schweizer Volk nicht verteidigt.“
Zum Schluß droht das Verteidigungskomitee mit den Worten:
„Wir machen es uns zur Pflicht, den Bundesrat davon in Kenntnis zu setzen, daß wir nicht kumme Zeugen des unheilvollen Werks, das sich die Agenten aus Moskau bei uns wie andersorts widmen werden, sein wollen und daß wir entschlossen sind, ihnen auf die gleiche Weise gegenüberzutreten, wie wir von ihnen in Rußland behandelt worden sind.“
Die Presse der deutschen Schweiz verurteilt aufs Schärfste die in dem Brief enthaltene Drohung. Sie erklärt, daß der Bundesrat der russischen Delegation in Genf einen ausreichenden Schutz zugesichert habe und zum andern darüber wachen werde, daß die russische Delegation in der Schweiz keine aufrührerische Propaganda treibe.

„Der Brief des „Verteidigungsausschusses“ an die Schweizer Regierung enthält also nichts Geringeres als die Ankündigung einer politischen Mordtat, ähnlich wie sie seinerzeit von denselben Kreisen an dem russischen Gesandten in der Schweiz, Worowski, verübt wurde. Hoffentlich hat der Schweizerische Bundesrat neben den angekündigten Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze der russischen Delegation auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz auch noch eine spezielle Antwort auf das Schreiben der reaktionären Nordhändeln übrig.“

Das neue Sowjetkabinett ist Ljosie. Wie aus Moskau gemeldet wird, war Ljosie der Trojanowski, der zum Bolschewisten der Sowjetunion in Tokio ernannt worden ist, zwei Jahre Vorsitzender der Staatlichen Handelsstelle. Vorher war Trojanowski Mitglied der Delegation für die Verhandlungen mit Frankreich. Auch in Deutschland ist er tätig gewesen, und zwar bei den Verhandlungen über die Gewährung des 200-Millionen-Kredits.

Verbrecht der Landesfinanzminister?

Der Kabinettsauschuß zur Vorbereitung der Währungsreform hielt am Montag seine dritte Sitzung ab. Er befaßte sich — wie der Soz. Pressedienst erzählt — vor allem mit der Vorbereitung der vorläufigen für Januar in Aussicht genommenen Konferenz der Landesfinanzminister über den Einheitsfuß. U. a. wurde auch ein Vorschlag erörtert, der darauf hinausläuft, den einzelstaatlichen Finanzministern ein Einspruchsrecht gegen Beschlüsse des Parlamentes zu geben, die neue Ausgaben ohne Deckung vorzusehen. Im Falle dieses Einspruchs sollen die Parlamente die beantragten Ausgaben nur durch eine qualifizierte Mehrheit bewilligen können.

Der Brief des „Verteidigungsausschusses“ an die Schweizer Regierung enthält also nichts Geringeres als die Ankündigung